

Calmer Tagblatt

Nr. 212.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Veröffentlichung: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Pf. wöchentlich. — Ruf Sammelanzeigen kommt ein Aufschlag von 100%. — Fernr. 9.

Montag, den 12. September 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Tragelohn M. 12.00 vierteljährlich. Postbezugpreis M. 12.90 mit Postgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Verständigung zwischen Bayern und der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hatte bei der bayerischen Regierung im Hinblick auf die Erregung der Arbeiterkreise in Bayern, die durch die Ermordung Erzbergers noch gesteigert worden war, die Aufhebung des seit der Niederschlagung des Kommunistenauflandes verhängten Ausnahmezustandes beantragt, unter dem gleichzeitigen Verlangen der Anerkennung der Notverordnung und der Zeitungsverbote in Bayern. Die Notverordnung und im Zusammenhang damit die Zeitungsverbote in Bayern waren verfassungswidrig nicht angreifbar, und bedurften keineswegs, wie behauptet wurde, der vorhergehenden Zustimmung der bayerischen Regierung, soweit die Reichsregierung die rein juristische Auffassung der bayerischen Regierung über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes zu beanstanden berechtigt gewesen wäre. Angesichts der ersten Entwicklung der innerpolitischen Lage trat jedoch der Reichsregierung auch für die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern ein, weil die Linksparteien sich dadurch einseitig getroffen fühlten, und als Gegenaktion die Abtrennung Frankreichs von Bayern verlangten. Auch die Arbeiterschaft in der Pfalz hatte auf die Ermordung Erzbergers hin mit Loslösung gedroht, wenn die Regierung nicht gehe. Es dürfte sich in beiden Fällen ja wohl bloß um die Absicht eines politischen Druckes gehandelt haben. Da aber die Mittelparteien in Bayern, also Zentrum und Demokratie, es nicht auf einen offenen Konflikt mit dem Reich ankommen lassen wollten, so wurde der Reichsregierung, in Berlin zu erklären, man wolle der Aufhebung des Ausnahmezustandes näherzutreten, „wenn die Verhältnisse es gestatten“ von der Mehrheit des ständigen Landtagsauschusses abgelehnt. Dagegen wurde der Reichsregierung, der Aufhebung des Ausnahmezustandes näherzutreten, wenn die Verordnung des Reichspräsidenten über die Zeitungsverbote entsprechend dem Beschluß des ständigen Landtagsauschusses abgeändert werde. Dieser Beschluß verlangt die Anerkennung der Zuständigkeit der bayerischen Landesbehörden für etwaige vom Reich beantragte Zeitungsverbote und sonstige Notverordnungen. Wie hoffen nicht, ob der bayerische Ministerpräsident dieses für Bayern durchaus gangbare Kompromiß abgelehnt hat, oder ob er infolge Veränderung der politischen Konstellation überhaupt einen Abgang für notwendig hielt, jedenfalls wird durch seinen Rücktritt sich nun innerhalb der Parteien eine Neuorientierung vollziehen, auf Grund deren wahrscheinlich eine Regierung der Mitte auch in Bayern gebildet werden dürfte, bestehend aus Zentrum (bayerische Volkspartei) und Demokratie, die von den Reichssozialisten Unterstützung erwartet. Es scheint sich also wieder eine Annäherung zwischen dem bayerischen Zentrum und den Führern der Reichspartei angebahnt zu haben, die die politische Stabilität des Zentrums für die im Herbst bevorstehenden Wahlen wesentlich stärken wird.

Im Interesse des Gesamtvolkes ist der Beschluß des bayerischen Landtagsauschusses nur zu begrüßen, denn wir können heute die Austragung grundsätzlicher Gegensätze mit der Gefahr schwerer innerer Konflikte nicht vertragen. Die Reichsregierung wird sich wohl ebenfalls mit der Verständigungsformel zufriedengeben.

Entgegenkommen des bayerischen Landtags.

München, 10. Sept. Um 11 1/2 Uhr nachts wurde die Sitzung des ständigen Landtagsauschusses fortgesetzt. Zu den Paragrafen 4 und 7 des Verordnungsentwurfs wurde auf Grund der Stellungnahme der Koalitionsparteien folgende Fassung vorgeschlagen: § 7. Zuständig für Verbote nach den §§ 1 und 4 sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen. Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Ausdruck eines Verbots oder einer Beschlagnahme ersuchen. — Der letzte Satz des ursprünglichen § 4 wurde dahin geändert: Gläubt die Landeszentralbehörde dem Ersuchen nicht entsprechen zu können, so kann der Reichsminister des Innern den Reichslandtagsauschuß anrufen. — In § 7 soll der Abs. 1, Satz 2 folgendermaßen lauten: Die Beschwerde ist bei der Landeszentralbehörde einzulegen, die sie, falls sie ihr nicht abhilft, unverzüglich dem Obersten Gericht des Landes zur Entscheidung vorlegt. — Als Ergänzungsbemerkung zu dem Gesetzesvorschlag wurde vorgeschlagen: Unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung dem Wunsch der bayerischen Regierung entspricht, erklärt sich diese bereit, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näher zu treten. — Nach längerer Aussprache wurde die neue Fassung bei Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Fraktion angenommen. Die Staatsregierung wurde beauftragt, alsbald zu den Beschlüssen des Ausschusses Stellung zu nehmen. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet Sonntag vormittags 11 Uhr statt.

München, 11. Sept. Der ständige Ausschuß des Landtags trat heute mittag wieder zu einer Sitzung zusammen. Ministerpräsident v. Raßr war nicht erschienen. Ihn vertrat Staatssekretär Dr. Schweyer. Borkhender Abg. Held erklärte bei Beginn der Sitzung, daß nach einer an ihn gelangten Mitteilung der Ministerrat auf dem Standpunkt stehe, daß gegenwärtig, wo man nicht wisse, wie die Lage in Franken sich entwickle, wo in der Öffentlichkeit behauptet werde, auf der einen oder der anderen Seite beständen Putschgelüste, die Staatsregierung nicht in der Lage sei für eine sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes einzutreten. Sie sei aber bereit, dies zu tun, sobald sich zeige, daß diese Gefahren nicht vorhanden seien, und wünsche deshalb, dem Schlußsatz anzufügen: „Sobald die Verhältnisse es erlauben.“ Abg. Held erklärte sich für den Regierungsvorschlag. Abg. Dr. Durr erklärte namens der Demokraten, die Regelung, die der Ausschuß vorschläge, dürfte durchaus den berechtigten Wünschen der Regierung entsprechen. Abg. Dr. Hilpert (Bayer. Mittelpartei) erklärte u. a., daß seine Partei infolge verschiedener Vorkommnisse sich vorbehalten müsse, am Ausnahmezustand solange festzuhalten, bis die Regierung in der Lage sei, ihn aus freier, eigenen Entschluß aufzugeben. Abg. Kießig (USP.) erklärte, das Vorgehen der Koalitionsparteien und der bayerischen Regierung grenze nahe an Reichshochverrat. Abg. Speck (B. Vp.) betonte, er halte es für sehr gefährlich, die Sache auf die Spitze zu treiben, wo das Reich alle Kräfte in der Hand habe. Man müsse auf den Boden des Berliner Abkommens treten. Abg. Dr. Woblmuth (Bayer. Vp.) vertrat eine andere Auffassung als sein Fraktionskollege. — Nach weiterer Debatte, in der u. a. der Vertreter des Bauernbunds, Abg. Städele, sich namens seiner Fraktion für die Annahme der gestern formulierten Erklärung und für Ablehnung des Regierungsvorschlusses aussprach, wurde der Zusatzentwurf der Regierung gegen die Stimmen der Bayer. Mittelpartei und eines Abgeordneten der Bayer. Volkspartei abgelehnt.

Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten Raßr.

München, 11. Sept. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Nach dem Beschluß des ständigen Landtagsauschusses vom Samstag nacht sollte sich die bayerische Regierung gegenüber der Reichsregierung bereit erklären, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näherzutreten, wenn die Verordnung des Reichspräsidenten über Zeitungsverbote entsprechend den Beschlüssen des ständigen Landtagsauschusses abgeändert werde. Die bayerische Regierung hat heute, Sonntag, beim ständigen Landtagsauschuß noch den Zusatz beantragt, daß der Aufhebung des Ausnahmezustandes dann näher getreten werden soll, wenn die Verhältnisse es gestatten. Dieser Zusatz ist in der Sonntagssitzung vom ständigen Landtagsauschuß mit Mehrheitsbeschluss abgelehnt worden. Deshalb traten Ministerpräsident Dr. v. Raßr und Justizminister Dr. Roth zurück. Der Ministerrat wird morgen, Montag vormittags, zusammentreten.

Der „Rotbann“.

München, 10. Sept. Die Korrespondenz Hoffmann schreibt: In der Münchener Post vom 6. September 1921 ist ein kurzer Artikel „Raßrs Rotbann“ erschienen, der den ausgesprochenen Zweck verfolgt, die öffentliche Meinung irreführen zu lassen. Beim Rotbann-München, der in der in dem Artikel angeführten Ministerialentscheidung vom 11. Juli 1921 genehmigt worden ist, handelt es sich nicht um die Errichtung eines Einwohnerwehreffazens, sondern um eine Organisation, die nach den Grundzügen wie die Technische Nothilfe Schäden durch elementare Verwüstungen und Verwüsten des Streikabfallsismus, lebenswichtige Betriebe lahmlegen, abwehrt. Der Rotbann-München verfolgt rein soziale Ziele. Er hat mangels jeder Bewaffnung nicht das geringste mit Polizeiaufgaben zu tun. Lediglich deswegen wurde in der Entscheidung zur Zurückhaltung in der Öffentlichkeit aufgefordert, weil die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren.

Die Tagung des Völkerbunds.

Politische Aussprache.

Genf, 10. Sept. Auch in der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung wurde der Bericht des Völkerbundsrates weiter diskutiert. Von der Versammlung lebhaft begrüßt, sprach heute zum erstenmal der österreichische Delegierte Graf Mensdorf, der dem Völkerbund herzlich dankte für die unternommene Hilfsaktion zur finanziellen Wiederaufrichtung Oesterreichs. Der jugoslawische Vertreter Spailkowitz sprach über die Frage des Schicksals der Wälder und den Konflikt mit Albanien. Er wies die albanischen Proteste beim Völkerbund gegen Jugoslawien lebhaft zurück und sprach sein Bedauern über die überstürzte Aufnahme Albanien durch die vorjährige Völkerbundsversammlung aus. Nach ihm sprach Balfour-England, der in herzlichen Worten die Tätigkeit des Generalsekretariats rühmte. Er tadelt den jugoslawischen Delegierten, daß er alte Streitigkeiten wieder aufrollte und behauptete, daß ein so allgemein geschätzter und hochgeschätzter Mann, wie Branting, dem Rate vorwerfe, er mache den Eindruck, daß Organ einer Mindergruppe zu sein.

Die Enttäuschung Lord Robert Cecils über den geringen Fortschritt der Abrüstung sei berechtigt. Die Welt trage weiter mühsam an dem Gewicht ihrer Rüstung, aber doch seien Fortschritte zu verzeichnen. Man dürfe nicht die Schwierigkeiten vergessen, die darin liegen, daß manche Völker dem Bunde nicht beigetreten seien, und auch nicht ohrsteten. So entbehre man nicht nur ihre Ratschläge, sondern auch ihre Autorität bei den Arbeiten des Völkerbunds. Balfour verwies auf die erfolgreiche Tätigkeit des Bundes bei der Regelung zahlreicher Konflikte bei der Gründung des internationalen Gerichtshofes und seine Arbeiten zum Wohle der Menschheit. Balfour fragte, wer sich mit all den Arbeiten beschäftigen würde, die den Völkerbund in dieser Hinsicht beschäftigen haben und auch weiterhin beschäftigen werden. Schließlich sprach noch der Präsident der gemischten Rote Kreuzkommission, Ador-Schweiz, der sagte, daß nach seiner Ueberzeugung das geplante Hilfswerk für Rußland zu dem erhofften Erfolge führen könne, wenn die russische Regierung ihre Verpflichtungen loyal ausführe. Er lehnte es ab, daß die Hilfskommission für irgend welche politischen Tendenzen ausgenutzt werde. — Die Sitzung wurde kurz nach 1 Uhr geschlossen.

Eigene Angelegenheiten des Bundes.

Genf, 9. Sept. Die heutige Sitzung der 4. Kommission befaßte sich mit dem Bericht des Sachverständigenausschusses über die Organisation des Sekretariats und des Internationalen Arbeitsamts, da diese auf die Positionen des Budgets nicht ohne Einfluß sind. Aus den Ausführungen des Berichterstatters Noblemaire ist zu ersehen, daß das Sekretariat jede unangebrachte Initiative unterlassen habe, um die Tätigkeit des Völkerbunds nicht bloßzustellen. Von besonderem Interesse waren auch die Ausführungen über den Sitz des Völkerbunds, daß man aus Sparankensrücksichten erwäge, das Generalsekretariat mit seinem großen Beamtensstab nach einer billigeren Stadt zu verlegen. U. a. wurde Wien vorgeschlagen.

Genf, 9. Sept. Der Ausschuß für Paltaänderungen hat bekanntlich gestern den kanadischen Antrag auf Abänderung des Artikels 10 abgelehnt. Er nahm aber eine Entschlieung an, die die Tragweite und den Sinn desselben genau beschreiben soll. In der Entschlieung wird u. a. gesagt, daß der Artikel 10 die territorialen und politischen Organisationen wie sie jetzt bestehen, vereinigen will. Als Grundsatz gilt, daß in Zukunft die Kulturmacht keinen Angriff als Werkzeug der Veränderung des territorialen Bestandes und der politischen Staaten der Welt mehr dulden kann. Die Mitglieder des Völkerbunds hätten daher an erster Stelle die Pflicht, die territoriale Integrität und die gegenseitige politische Unabhängigkeit zu sichern.

Die Wilnaer Frage.

Genf, 9. Sept. Das Abkommen zur Regelung der Wilnaer Frage, das Hymans-Belgien den beiden Delegationen zugestellt hat, bezweckt den Abschluß eines Bündnisses mit gemeinsamer Außenpolitik und militärischer Konvention, die im Ernstfalle gewisse litauische Truppen zur Verfügung Polens stellt. Die langen bisher ergebnislosen Versuche des Völkerbunds, eine Einigung zwischen Litauen und Polen in der Wilnaer Frage zustande zu bringen, sind in eine neue Phase eingetreten. — Der neue Entwurf Hymans zur Regelung des polnisch-litauischen Konflikts sieht drei Teile vor. Die neue Grenze soll im allgemeinen der Kurzonlinie entsprechen. Das Wilnaer Gebiet bildet nach dem Entwurf einen selbständigen Kanton im litauischen Staat. Die Litauischen Truppen, die nur im Kriegsfalle ihre Rekrutierungszone verlassen können und der Wilnaer Zentralregierung unterstehen, dürfen sich nur aus dem Wilnaer Gebiet rekrutieren. Die offizielle Sprache im gesamten litauischen Staate soll polnisch und litauisch sein. Die auswärtigen Angelegenheiten sollen von Delegierten erledigt werden, die beide Staaten ernennen. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten soll der Völkerbundsrat entscheiden. Das Wirtschaftsabkommen fußt auf dem Grundsatz der gegenseitigen freien Warenzufuhr und sieht auch ein neues Münzwesen vor. Litauen gewährt Polen freien Zutritt zum Meer und freie Durchfuhr. Was Memel betrifft, soll eine Einigung erstrebt werden; die Litauen die Staatsobershoheit gewährt, Polen aber jederzeit die Benützung des Hafens und jede Art von Transporten, auch militärischen, garantiert. — Man erfährt, daß die Vertreter der polnischen und litauischen Delegationen in den letzten Tagen einen regen Notenwechsel über dieses Abkommen mit ihren Regierungen gehabt haben.

Tägliche Behandlung der oberschlesischen Frage.

London, 9. Sept. Reuter meldet aus Genf, daß der Sonderauschuß des Völkerbunds für die Behandlung der oberschlesischen Frage täglich an der Arbeit sei. Der Auschuß werde seinen Bericht nicht einen Augenblick länger verzögern, als für eine angemessene Erwägung der Frage notwendig sei.

Zur auswärtigen Lage.

Belgien zieht seine für den Vormarsch in's Ruhrgebiet bestimmten Truppen zurück.

Paris, 10. Sept. Havas meldet aus Brüssel: die Marschdivision, die für jede Bewegung, die durch das Ultimatum am Rhein hätte entstehen können, bereit gehalten wurde, wird am 15. Oktober nach Belgien zurückkehren, da die Deutschen begonnen haben, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

England für die Aufhebung der Sanktionen.

London, 10. Sept. Die „Times“ lenken die Aufmerksamkeit auf den Vorschlag Curzons auf der letzten Konferenz des Obersten Rates, die Sanktionen aufzuheben und auf seine Erklärung, daß er auf der nächsten Konferenz des Rates die Aufhebung der Sanktionen amtlich beantragen werde, wenn Briand es nicht selbst tue.

Ein Ultimatum der Entente an Ungarn.

Paris, 11. Sept. Wie das „Journal des Debats“ meldet, hat die Vorkonferenz der ungarischen Gesandten eine Note über die Lage in den westlichen Komitaten überreicht. Die Note stellt fest, daß die von Verbänden und Elementen der regulären ungarischen Truppen begangenen Gewalttaten der Budapest Regierung direkt zur Verantwortung fallen. Diese werde deshalb aufgefordert, unverzüglich das in Frage kommende Gebiet zu räumen. Sollte diese Räumung nicht in aller kürzester Frist erfolgen und die ungarische Regierung in ihrer Haltung verharren, dann würden für die Sicherstellung der Ausführung des Friedensvertrags von Trianon Sanktionen verhängt werden.

London, 10. Sept. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt mit, daß die von amtlicher Stelle aus Budapest eingetroffenen Nachrichten sehr ernst seien. Die Krise habe eine solche Zuspitzung erfahren, daß die Möglichkeit einer militärischen Aktion an der Donau von den Alliierten nicht länger außer Acht gelassen werden könne. Für den Fall einer militärischen Aktion in Ungarn könnte ein gemeinsames Mandat in Betracht kommen, das von den Mächten einer großen und einer kleineren Macht, beispielsweise Italien und der Tschechoslowakei, anvertraut würde.

Vor dem Gesamtrücktritt des polnischen Kabinetts.

Paris, 9. Sept. Aus Warschau meldet der „Temps“, daß die Führer der polnischen Reichstagsparteien gestern Abend zusammengelassen sind und die Abstimmung eines Briefes an den Ministerpräsidenten Wile beschlossen haben, in dem sie den Beschluß guthießen, dem Staatspräsidenten die Gesamtmmission des Kabinetts zu unterbreiten. Es ist daher wahrscheinlich, daß das Gesamtkabinet Freitag zurücktreten wird, aber man glaubt, daß Marschall Pilsudski die Demission nicht annehmen wird. Die Parteiführerverammlung hat außerdem beschlossen, den Reichstag zu einer außerordentlichen Sitzung am 13. September einzuberufen.

Ein bolschewistisches Komplott in Warschau?

Paris, 10. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Warschau haben die Polen ein umfassendes bolschewistisches Komplott, das in Warschau organisiert worden war, entdeckt. In den revolutionären russischen Kreisen sind ungefähr 20 Verhaftungen vorgenommen worden.

Die Sowjetregierung angeblich Siegerin im Kampf gegen die Hungersnot.

Paris, 11. Sept. Nach einer Meldung der „Information“ aus Riga soll in einer der letzten Sitzungen der Sowjets in Moskau, der mehrere ausländische Journalisten beiwohnten, Kamenev erklärt haben, daß die Sowjetregierung einen entscheidenden Sieg in ihrem Kampf gegen die Hungersnot davongetragen habe. Zehn Millionen Rubel Getreide seien den Hungernden schon zugeföhrt worden. Dieses Ergebnis ist nach der Versicherung Kamenevs die beste Antwort an die europäische Bourgeoisie, die bereits auf den Sturz der Sowjetmacht gerechnet hatte. Durch die Befriedigung der Hungersnot durch die Sowjetregierung sei ihre Macht für viele Jahre befestigt worden. — Trotski hob in seiner Rede hervor, daß die Sowjetregierung alles Mögliche tue, um normale Beziehungen zwischen Rußland und Europa wieder herzustellen, aber alle diese Versuche stießen auf die Interventionspolitik Frankreichs.

Paris, 11. Sept. Laut „Petit Parisien“ tritt die Internationale Hilfskommission zur Bekämpfung der russischen Hungersnot im Laufe der nächsten Woche in Paris zusammen. Es sei wahrscheinlich, daß sie ihre Aufgabe als beendet ansehe und daß das weitere Hilfswesen privaten Organisationen überlassen werde.

Der griechisch-türkische Krieg.

London, 10. Sept. Die „Morning Post“ meldet aus Athen: General Stratigos vom griechischen Generalstab traf hier von der Front ein und erklärte nach einer Unterredung mit dem Premierminister, dem Außenminister und dem Finanzminister dem Vertreter der „Morning Post“, es sei beschlossen worden, die Operationen des griechischen Heeres einzustellen, um den Truppen eine Ruhepause zu geben und die Vorbereitungen für die Versorgung des Heeres zu Ende zu führen. Die Offensive werde bald wieder aufgenommen werden.

Die Kämpfe in Spanisch-Marokko.

Madrid, 11. Sept. Ministerpräsident Maura erklärte, daß er das Parlament zusammenberufen werde und gab weiter bekannt, daß die militärischen Operationen in Marokko heute ihren Anfang genommen haben.

Paris, 11. Sept. Wie das „Journal“ aus San Sebastian meldet, sind in der Nacht vom 9. zum 10. September drei spanische Kolonnen von Melilla aufgebrochen und haben gegen 2 Uhr nachmittags die Vorstellungen der Mauren erreicht, die erbitterten Widerstand leisteten.

Paris, 11. Sept. Wie Havas aus Budaörs (Ungar.) meldet, hat ein Häuptling an der Spitze von 600 Mann einen Einbruch in die französische Stellungen unternommen, wurde aber durch französische Angriffe zurückgeschlagen. Es sind Verstärkungen abgegangen, da man einen neuen Angriff erwartet.

Auch Holland

zur Washingtoner Konferenz geladen.

Amsterdam, 10. Sept. Nach einer Washingtoner Meldung des Telegraf hat Präsident Harding Holland und Belgien zur Abrüstungskonferenz eingeladen.

Ausland.

Die deutsche Abwanderung aus Neupolen.

Berlin, 9. Sept. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet: Vom 1. Januar 1920 bis 1. Juni 1921 sind aus Bromberg 20 460 Deutsche abgewandert und 24 356 Polen zugezogen, sodaß jetzt 58 500 Polen 31 331 Deutschen gegenüberstehen.

Eine neue Hekrede des französischen Kriegsministers.

Paris, 12. Sept. Bei der in Meaux veranstalteten Feier zur Erinnerung an den Marnetag hielt Kriegsminister Barthou eine Rede, in der er u. a. sagte: Der Sieg hat Frankreich Elsaß-Lothringen zurückgegeben. Es beansprucht kein anderes Gebiet und es will nur die Ausführung der feierlichen Versprechungen, mit denen sein Wiederaufbau und seine Sicherheit verknüpft sind. Barthou richtete dann heftige Angriffe gegen das „imperialistische Deutschland“ und fuhr fort, es gebe vielleicht noch ein demokratisches Deutschland, das behauptet, bei sich den alten militärischen Geist getöbet zu haben. Es wäre ungerecht und ungeschickt, nicht anzuerkennen, daß die deutsche Regierung, an der Spitze Reichskanzler Dr. Wirth, Beispiele eines guten Willens gegeben habe. Aber die deutsche Regierung könne zweifellos nicht alles was sie wolle. Frankreich habe den Frankfurter Friedensvertrag ausgeführt, Deutschland müsse den Versailler Vertrag ausführen. Deutschlands Demokratie muß, wenn sie mit uns weiter den Weg einer loyalen und dauerhaften Annäherung verfolgt, beweisen, was sie will und wohin sie geht.

Bombenanschlag auf ein Kurhaus.

Paris, 8. Sept. Wie der „Intransigent“ aus Turin meldet, wurde gestern in das Kurhaus Verazze, während die Musik spielte und eine große Menge sich im Saal befand, eine Bombe geworfen. Die Wirkung der Explosion war furchtbar. 5 Frauen und 5 Kinder sind schwer verletzt. Bedeutender Sachschaden ist angerichtet worden. Man glaubt, daß es sich nicht um einen anarchistischen Anschlag, sondern um einen Racheakt gegen den Besitzer des Kurhauses handelt.

Deutschland.

Drohbriefe an Reichskanzler Wirth und Finanzminister Köhler.

(GW) Vom Bodensee, 10. Sept. In einer Kundgebung der Zentrumspartei in Konstanz sprach der badische Finanzminister Köhler über Erzbergers Ermordung. Er teilte mit, daß der Reichskanzler in den letzten Tagen eine große Anzahl von Drohbriefen erhielt und auch den badischen Finanzminister hat man in zwei Drohbriefen daran erinnert, daß seine Stunden gezählt seien. Aber all diese Briefe, fügte der Minister hinzu, können uns nicht einschüchtern und nicht abhalten von der Arbeit für unser darniederliegendes Volk.

Die Mörder Erzbergers gefunden?

(GW) Schweningen, 11. Sept. Vom Randen kommt die Nachricht, daß in dem an der Schweizergrenze gelegenen Orte Wargen, das dem Bezirke Donaueschingen benachbart ist, gestern zwei Personen verhaftet wurden, auf die das Signalement der beiden Personen, die als Mörder des Abgeordneten Erzberger in Verdacht kommen, zutreffen soll. Die Weibchen sollen ohne Paß die Grenze überschritten und deshalb von der Schweizer Grenzkontrolle festgenommen worden sein. Sie sollen auch eine große Summe Geldes bei sich haben und in der Elberfelder Gegend wohnhaft sein. Bei der Festnahme durch die Schweizer Grenzkontrolle soll der eine der Weibchen mit dem Revolver gegen den festgenommenen Beamten gedroht haben. Die nächsten Tage werden wohl die Aufklärung bringen, ob die Verhafteten wirklich mit den Mördern des Abgeordneten Erzberger identisch sind. — Die Nachricht klingt wenig glaubhaft, denn es ist unwahrscheinlich, daß die beiden Mörder zusammen ihre Flucht bewerkstelligt haben.

Beratungen über die steuerliche Erfassung der Sachwerte.

Berlin, 10. Sept. Die steuerliche Erfassung der Sachwerte wird in vertraulichen Beratungen der Ressorts weiter geprüft. Das Reichskabinet als solches hat sich noch nicht erneut mit dieser Seite der Steuerfrage befaßt und noch keinerlei Entscheidung getroffen. In sozialistischen Kreisen herrscht die Ansicht, daß eine Beratung der Steuervorlagen, insbesondere der anderen Besteuerungen, nicht möglich sein werde, ehe nicht die grundsätzliche Frage der Erfassung der Sachwerte entschieden sei. In diesem Sinne habe sich bereits der sozialdemokratische Parteitag für Brandenburg ausgesprochen und man könne, wie es in der Meldung der mehrheitssozialistischen Zeitungs-Korrespondenz heißt, mit Bestimmtheit annehmen, daß der sozialdemokratische Parteitag in Görlich sich fest auf den gleichen Standpunkt stellen werde.

Erhöhung der Kohlenpreise ab 1. September.

Berlin, 9. Sept. Die heutige Sitzung der Organe der Kohlenwirtschaft hatte zu der Kohlenpreisfrage Stellung zu nehmen, nachdem durch die letztägigen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern des Bergbaus eine Lohnerhöhung ab 1. September von 7½ bis 10 Proz. durchschnittlich je Mann und Schicht teils fest vereinbart, teils in der Schwebe ist. Es wurde beschlossen, die Lohnerhöhungen durch eine entsprechende Erhöhung des Kohlenpreises in den einzelnen Steinkohlen- und Braunkohlenrevieren abzugelten. Die Preisveränderung für das rheinisch-westfälische Revier wird demgemäß ab 1. September 1921 21 Mark je Tonne ausschließlicher Steuer betragen. Der Beschluß erfolgte einstimmig und eine Beanstandung durch die zuständigen Regierungsstellen fand nicht statt.

Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahlen in Thüringen.

Erfurt, 12. Sept. Nach dem bis gestern Abend 11 Uhr vorliegenden Wahlergebnis für den thüringischen Landtag verteilen sich die abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 67 Prozent wie folgt: Kommunisten 14 561, U.S.P. 23 622, C.P.D. 24 788, Demokraten 11 701, Zentrum 14 032, Deutsche Volkspartei 39 072, Deutsche Nationale Volkspartei 14 691, Landbund 639.

Ein neuer Französisierungsversuch.

(Br.) Saarbüden, 9. Sept. Eine kleine Anfrage, die gestern in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von sozialdemokratischer Seite gestellt wurde, beweist, wie unablässig von bestimmter Seite an der Verletzung des Friedensvertrags gearbeitet wird. So ist jetzt wieder den Beamten der Bergwerksverwaltung nahegelegt worden, sich naturalisieren zu lassen, d. h. also, für Frankreich zu optieren. Um diesem Ansturm den nötigen Nachdruck zu verleihen, sind zwei Gehaltsgruppen aufgestellt worden. Naturalisierete kommen in Gehaltsgruppe A, die Ablehnten, kommen in Klasse B. Letzteren wird also der Broterwerb höher gehängt werden.

Aus der Verhandlung gegen den Massenmörder Großmann.

Berlin, 9. Sept. Der Händler Großmann, der bisher nur die Ermordung der Rißke eingestanden hatte, legte heute unter dem Druck des Indizienbeweises aus freien Stücken das Geständnis ab, auch das Dienstmädchen Sosnowski in der Nacht zum 14. August ermordet zu haben. Nach diesem Geständnis brach Großmann vollständig zusammen, sodaß er nicht weiter vernommen werden konnte.

Ruhe in einem Reichswehrtruppenlager.

Berlin, 9. Sept. Das Lager Altengrabow mußte wegen Auftretens von ruhrähnlichen Darmkrankheiten gesperrt werden. Die im Lager befindlichen Truppenteile werden dort zurückgehalten, um die Infektionskeime nicht zu verschleppen. Bis jetzt sind 4 Todesfälle an Ruhr vorgekommen. Die Erkrankungsfälle verlaufen gutartig. Es sind alle Maßnahmen getroffen, um ein weiteres Umsichgreifen der Krankheit zu verhindern.

Die Unruhen in Mitteldeutschland vor dem Untersuchungsausschuß des preussischen Landtags.

Berlin, 7. Sept. Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtags verhandelte heute in öffentlicher Sitzung über die Unruhen in Mitteldeutschland. Auf der Tagesordnung standen Zeugenvernehmungen. Als erster Generalzeuge wurde Staatsminister a. D. Seevering vernommen. Er besprach die Vorgänge im Zusammenhang mit dem kommunistischen Parteitag in Halle. Die damalige Gefahr eines Rechtsputsches wurde von der Arbeiterschaft sehr ernst genommen. Daraus ist zu erkennen, daß in einer Reihe von Ortschaften die Arbeiter noch in Besitz von Waffen waren. Während der Tagung der Nationalversammlung war Halle das Zentrum aller Unruhen. Eine Zentralisation des Polizeikörpers war auch in der Provinz Sachsen erforderlich. Die preussische Regierung hat sich nicht im behauptet wurde, durch die Dinge überraschen lassen. Die politischen Kräfte waren stärker eingeseht worden, wenn nicht die obersteinständige Abfertigung bevorstand. Man hatte beobachtet, daß riesige Truppenmassen von den Polen zusammengezogen wurden. Der Einsatz der Reichswehr wäre von der Polen als Bestätigung ihrer Alarmnachrichten über die Abfertigungen in Deutschland ausgeschlagen worden. Die Heranziehung der Reichswehr würde die Sache noch kompliziert haben. Ueber die Beteiligung von Amts- und Gemeindevorsteher an dem Aufruhr könne er keine Auskunft geben, da er seit dem 23. April nicht mehr Minister sei. Ihm sei nicht bekannt, daß Ausländer in besonders großer Zahl sich im Aufstandsgelände aufgehalten hätten. Die Bewaffnung der Arbeiter sei eine Folge der Bewaffnung der Orgesch gewesen. Abzurufen sei es von der Existenz einer roten Armee in Mitteldeutschland zu sprechen. Das gefährlichste war, daß die Aufständischen im Besitz von Dynamit waren. Eine feste rote Organisation habe jedenfalls nicht bestanden. Die Aufstände wurden improvisiert und wurden genährt durch die Aufrufe von Holz. Der Zeug habe den Eindruck, daß die kommunistische Partei nicht zum mitteldeutschen Aufstand das Signal gegeben habe. Oberpräsident Höring erklärte, man müsse zum Verständnis der Vorgänge vom Kapp-Putsch ausgehen. Eine rote Armee habe weder 1920 während des Kapp-Putsches noch während dieses Aufstandes bestanden. Grausamkeiten seien auf beiden Seiten vorgekommen. Die Zahl der Ausländer sei in der Provinz Sachsen außerordentlich groß gewesen. Zu der Frage, ob eine rote Armee gegeben habe, erklärte der Zeug noch, wo konkrete Fälle angegeben worden seien, habe er überall Untersuchungen anstellen lassen, aber auch nicht in einem einzigen Fall sei es ihm gelungen, die Wahrheit solcher Behauptungen festzustellen. Oberpräsident Höring wurde befandete zur Frage des Einflusses der kommunistischen Parteien, er sei erst seit dem Kampf um die Leunawerke von einer zentralen Aufstandsparole überzeugt gewesen. Er glaube an einen Zusammenhang zwischen den Vorgängen in Mitteldeutschland und den Aufstandsbewegungen in anderen Gegenden. Versammlungen der Leuten seien von denselben Leuten vorgenommen worden, die die Polizisten getötet hätten. Bezüglich der Mängel in der Behördenorganisation befragt Oberpräsident Höring, bei der Auswahl der Ortsvorsteher und Ortspolizeibehörden unvorsichtig gewesen zu sein. Die Mitgliedschaft bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei habe er allerdings nicht für einen Hinderungsgrund gehalten. Nach der Spaltung auf dem Parteitag in Halle seien aber Kommunisten nicht mehr als Parteimitglieder bezeichnet worden. Landgemeinden seien nicht schuldhaft ohne den nötigen polizeilichen Schutz gelassen worden. Die Zahl der Gendarmen sei unzulänglich ge-

wesen. Auf den ungenügenden 1500 Mann, denn das ein solches Auf-

halten. Zu der in der Nacht be-

stächlich keinen

etw. Auf dem Landtag wurde

Berlin, 8. Sept. Landtag in M-

von Gersbo-

das schon vor

Landtagswahlen

Abend 11 Uhr vorliegenden
 antrag verteilten sich die
 umung von 67 Prozent wie
 S. P. D. 24 788, Demo
 k. Partei 39 072, Deutsches
 9.

Ungersverfuch.

kleine Anfrage, die
 versammlung von
 bewelst, wie unablässig
 des Friedensvertrags
 Beamten der Vergwerst
 alifizieren zu lassen, d. i.
 eien Anfinnen den ab
 Gehaltsgruppen aufzu
 Gehaltsgruppe A, die
 wird also der Verb

Ungung

Großmann.
 schmann, der bisher nur
 freie, legte heute unter
 freien Städten das Go
 sonowski in der Nacht
 nach diesem Gesändnis
 sodass er nicht weien

Ungtruppenlager.

abov mußte wegen Auf
 ungen gesperrt werden.
 e werden dort zünftich
 verschleppen. Bis jetzt
 Die Erkundungsfahrer
 ahmen getroffen, um die
 überfluten.

**Ung vor dem Unter
 schen Landtags.**

auschuss des preussischen
 iger Sitzung über die
 Tagesordnung standen
 realzeuge wurde Staats-
 Er besprach die Wo
 unistijischen Parteien
 chispuisches wurde von
 Daraus ist zu erken
 die Arbeiter noch in
 Tagung der Nationalo
 Unruhen. Eine Zus
 der Proving Saop
 ung hat sich nicht, die
 schen lassen. Die pol
 worden, wenn nicht die
 den hätte. Man hat
 in den Polen zusamen
 chswehr wäre von den
 schritten über die Ab
 worden. Die Heranzie
 noch kompliziert haben.
 Gemeindevorsteher an
 geben, da er seit dem
 sei nicht bekannt, daß
 sich im Aufstandsgebiet
 der Arbeiter sei ein
 wesen. Abjurd sei es
 in Mitteldeutschland
 Auflandischen im Bo
 rote Organisation habe
 wurden improvisiert
 von Holz. Der Zoug
 sche Partei nicht zum
 geben habe. Oberprä
 Verständnis der Bo
 Eine Note Armeee habe
 es noch während die
 eien auf beiden Seiten
 der sei in der Proving
 Zu der Frage, ob es
 te der Zeuge noch, wo
 habe er überall Unter
 nicht in einem einzigen
 it solcher Behauptungen
 bekundete zur Frag
 en, er sei erst seit den
 er zentralen Aufstand
 in einen Zusammenhang
 schland und den Auf
 Verkümmelungen von
 genommen worden, bis
 ich der Mängel in der
 ident Hörsing, bei der
 polizeibehörden unwo
 schaft bei der Unabhän
 er allerdings nicht für
 der Spaltung auf den
 ften nicht mehr als Zu
 worden. Landgemeinden
 polizeilichen Schulz ge
 erte sei unzulänglich ge

Merseburg, 8. Sept. Auf den Vorwurf, daß die Aktion auf Eisleben mit ungenügenden Kräften unternommen worden sei, erklärte der Zeuge, 1500 Mann habe er nicht nach Eisleben schicken können, denn das tue man nur, wenn man Krieg führen wollte. Ein solches Angebot hätte die Bevölkerung in Aufruhr bringen können. Zu der Behauptung, die Besatzung von Leuna habe in der Nacht beschloffen, keinen Widerstand zu leisten und tatsächlich keinen Widerstand geleistet, erklärte der Zeuge, noch am Tage vor dem Sturm auf die Leunawerke hätten an allen Ausgängen Posten mit Gewehr die Bevölkerung kontrolliert, sodass man annehmen mußte, daß die Besatzung es auf einen Kampf ankommen lassen wollte. Von einem nächtlichen Beschluß habe die Polizei auch in keiner Weise Kenntnis erhalten. Er könne auch nicht annehmen, daß die Polizei aus bloßer Lust in das Werk hineingeschossen habe. Wenn dabei besagenerweise eine Anzahl Leute ums Leben gekommen sei, so treffe die Polizei aber kein Vorwurf. Erschießungen Bebloser nach der Einnahme seien durch die Ermittlungen nicht festgestellt. Daß Notstandsarbeiter, die sich am Kampf nicht beteiligt haben, graumamerweise in einem Silo untergebracht worden seien, dürfte richtig sein. Als die Polizei eingebrungen war, wollte natürlich jeder nur als Notstandsarbeiter dabei gewesen sein, nicht aber als Kämpfer. Die Polizei habe das nicht sofort feststellen können.

Berlin, 8. Sept. Im Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags wurde die Vernehmung der Generalzeugen über die Unruhen in Mitteldeutschland fortgesetzt. Regierungspräsident von Gersdorff-Merseburg ist der festen Überzeugung, daß schon vor dem Kapp-Putsch eine organisierte Rote Armee bestanden habe. Schon 48 Stunden nach dem Ausbruch des Kapp-Putsches seien militärisch straff organisierte Kompanien durch Merseburg marschiert. Die Entwaffnung sei leider nicht in dem nötigen Maße durchgeführt worden. Schließlich seien die Waffen auf der rechten Seite der Saale fast ganz, auf der linken Seite fast gar nicht erfasst gewesen. Auf eine Frage über das Vorhandensein einer Roten Armee im Aufrührgebiet erklärte der Zeuge, speziell im Leunawerk seien 16 Kompanien vollständig aufgestellt gewesen, mit Infanterie- und Artillerieabteilungen, Mitrailleuren und Panzerzügen. Dem Zeugen sind die Angaben über das Vorhandensein einer Roten Armee nur von privater Seite zugegangen. Die Waffen der Einwohnerwehr seien fast sämtlich nach dem Kapp-Putsch in die Hände der Kommunisten gefallen. Bei der freiwilligen Waffenabgabe seien überhaupt keine großen Mengen Waffen erfasst worden. Weiter sagte der Zeuge, im Merseburger Bezirk habe die Gefahr eines Rechtsputsches überhaupt nicht bestanden, denn die linksradikalen Elemente seien dort sehr stark vertreten. Die Ortschaft und sonstige Organisationen seien reiflos aufgelöst. Auf Vorhalt des Vorsitzenden gibt der Zeuge an, daß er weder als Beamter noch als Privatmann Nachrichten über das Vorhandensein von Organisationen bekommen habe, die einen Rechtsputsch vorbereiteten. Die Vernehmung wandte sich darauf der Beteiligung der kommunistischen Partei und der Entziehung und Leitung des Aufstandes zu. Hierzu beklundete der Regierungspräsident von Gersdorff u. a.: Ohne Zutun der Teilnahme wäre der Aufstand bestimmt nicht gekommen. Sodann wurden die Mängel der behördlichen Organisation besprochen. In einzelnen Kreisen war die Befehls- und Dienstbefähigung und Amtsvorbereitung rein parteipolitisch. Sobald die linksradikalen die Mehrheit hatten, wurden kommunistische und unabhängige Amtsvorsteher in Vorschlag gebracht.

Berlin, 8. Sept. In der Nachmittagsitzung wandte sich die Verhandlung dem Fall Casparek zu. Nach der Darstellung des Vorsitzenden der Richter wurde die Regierung mehrfach vor ihm gewarnt worden; er zeige zur kommunistischen Partei hin, habe auf die Räterepublik hingewiesen und Gewalt gepredigt. Sein Vergehen während des Aufstandes werde hauptsächlich darin gesehen, daß er dem kommunistischen Anführer Franzke den Schutz der Stadt Sangerhausen gegenüber dem bevorstehenden Einmarsch der Aufständischen übertragen habe. — Zeuge Regierungspräsident v. Gersdorff beklundete, Casparek habe keinen Zweifel daran gelassen, daß er gewaltsam den Schutz der Regierung anstrebe. Nach der Ansicht der Mehrheit der wahlberechtigten Kreisinsassen sei Casparek nicht die geeignete Persönlichkeit gewesen. Es sei die Pflicht des Landrats gewesen, Meldung von der kommunistischen Tätigkeit Franzkes und Franzkes zu machen. Das sei aber nicht geschehen. Die optimistische Beurteilung des Oberpräsidenten Hörsing hinsichtlich der Vorgänge im Aufrührgebiet teilt Zeuge v. Gersdorff nicht. 500 Mann Besatzung für Eisleben und Heitstede zusammen sei zu wenig gewesen. Die Einstellung der Reichswehr sei auch ihm unerwünscht erschienen. Die Berliner und die rheinische Schutzpolizei hätten sich besonders gut benommen, weniger gut die sächsische. — Bezüglich der angeblichen Übergriffe der Polizei beklundete Zeuge Regierungsrat Althorn, Untersuchung sei in allen Fällen eingeleitet worden. In den meisten Fällen hätten sich keine Anhaltspunkte für Erschießungen ergeben, auch nicht in Leuna. — Die Verhandlungen werden morgen vor-mittag fortgesetzt.

Aus Stadt und Land.
Calw, den 12. September 1921.
Dienstnachrichten.
 Durch Entschliessung des Reichsministers der Finanzen ist zum Steuerinspektor — an seinem bisherigen Dienstort — ernannt worden: Der Obersteuersekretär **Giese** beim Finanzamt Sিজൗ.
 Die Eisenbahngeneraldirektion Stuttgart hat den Oberlandwieser **Reininger** in Pforzheim aus dienstlichen Gründen und mit seinem Einverständnis nach Calw versetzt.
Experimentalabend.
 Am Dienstag und Mittwoch Abend wird der bekannte Experimentalpsychologe **Fred Joerg** Experimentalvorträge im „Badischen Hof“ veranstalten. Er wird neben den hier ja nicht mehr ganz unbekanntem Vorführungen der Gedankenübertragung solche auf den Gebieten der Indischen Phantom- und

Phantasielust darbielen, und u. a. die Frage des Spiritismus behandeln. Die Vorträge werden sicherlich unterhaltend und zugleich belehrend sein.

Der württ. Beamtenbund über die Anpassung der Beamtengelder an den gesunkenen Geldwert.

Der Gesamtverband des württ. Beamtensbundes hat in seiner Sitzung vom 7. September folgende Entschliessung gefasst: Der Gesamtverband des württ. Beamtensbundes kann sich mit der von der Reichsregierung vorgesehenen Behandlung der Gehaltsfragen nicht einverstanden erklären. Es wird keineswegs verkannt, daß der Deutsche Beamtensbund wie die übrigen Spitzengewerkschaften die vom Reichsrat genehmigte Regelung zunächst hinnehmen mußte. Der Notlage der württ. Beamtenschaft wird durch die von der Reichsregierung vorgesehenen Maßnahmen nicht in der erforderlichen Weise abgeholfen, da weite Kreise der Beamtenschaft nicht mehr in den Besitz der zur Lebenserhaltung notwendigen Mittel gelangen. Wir fordern unter allen Umständen: 1. sofortige Sicherstellung des Existenzminimums für alle Beamtengruppen durch Gewährung eines Mindestteuerungszuschlags. 2. Die gleichzeitige vollständige Beseitigung der Staffelung der Teuerungszuschläge einschließlich derjenigen zu den Kinderzuschlägen nach Ortsklassen. 3. Einleitung der gesetzgeberischen Vorarbeiten zur Erhöhung der Grundgehälter entsprechend der gesunkenen Kaufkraft des Geldes und zur Herbeiführung der Ortsklasseneinteilung in drei Klassen. Wir erwarten von der württ. Regierung, daß sie sich für die Forderungen bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck einsetzt. — Von der württ. Regierung haben wir die Uebnahme und sofortige Auszahlung der vom Reichsrat am 1. September genehmigten Sätze verlangt, wobei wir davon ausgehen, daß die Zustimmung des Landtags entsprechend dem Vorgang im Reich nachgeholt wird.

Am die Ortsklasseneinteilung.

Wie die Württembergische Gemeindebeamtenzeitung mitteilt, beteiligten sich bei den Verhandlungen in Berlin vom 22.—26. August über die Ortsklasseneinteilung und Vertreter des württ. Beamtensbundes Abg. Brobbag und Auling, sowie die Vertreter der Ortsklassen. Die Beamtensvertreter machten der württembergischen Regierung die schärfsten Vorwürfe, weil sie ihre Forderungen seither in viel zu bescheidenem Maße beim Reich geltend gemacht hätte. An der Beseitigung der Staffelung der Teuerungszuschläge nach Ortsklassen und an der Schaffung einer nur dreigliedrigen Ortsklasseneinteilung wurde festgehalten. Das bisherige vorläufige Ortsklassenverzeichnis habe nicht den geringsten Anspruch auf Objektivität. Die Absicht der Reichsregierung, Stuttgart in Klasse B herabzusetzen, bedeute eine grobe Mißachtung der württembergischen Verhältnisse. Die württembergische Beamtenschaft wolle in der Frage der Ortsklasseneinteilung keinen Kompromiss eingehen und stehle ganz zu ihren Forderungen, die als Mindestforderungen zu gelten hätten.

Die Fürsorgegestellen für Kriegsschadigte und -Hinterbliebene.

Es ist schon die Beobachtung gemacht worden, daß sich Persönlichkeiten an die Bevölkerung wenden, um in den verschiedensten Formen ihre Obesorgspflicht zugunsten der Kriegsschadigten und -Hinterbliebenen des letzten Krieges in Anspruch zu nehmen. Die Bevölkerung, die oft über die tatsächlichen Verhältnisse und den Wert der Sammlungsveranstaltungen wenig unterrichtet ist, wendet dabei unter Umständen ihre Gaben Stellen zu, bei denen es zum mindesten zweifelhaft erscheint, ob sie den Interessen der Kriegsschadigten zugute kommen. Es wird darauf hingewiesen, daß eine amtliche soziale Fürsorge für Kriegs-schadigte und Kriegshinterbliebene eingerichtet ist, deren amtliche Organe in Württemberg die Hauptfürsorgestellen der Kriegsschadigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge (Stuttgart, Rotebühlstrasse) und die Bezirks- und örtlichen Fürsorgestellen sind. In die Beiräte dieser Hauptfürsorgestellen bzw. Fürsorgestellen sind Vertreter aller Organisationen der Kriegsschadigten- und -Hinterbliebenen berufen. Die Mitwirkung dieser Beiräte bei der Verwendung der für die soziale Fürsorge zur Verfügung stehenden öffentlichen und Spendemittel bietet die Gewähr, daß sowohl den örtlichen als auch den allgemeinen Interessen der Kriegsschadigten und -Hinterbliebenen Rechnung getragen wird. Wo in der Deffentlichkeit der Wunsch besteht, Spenden für Zwecke der Kriegsschadigten und -Hinterbliebenen zu gewähren, mögen sie den amtlichen Fürsorgestellen über-mittelt werden, die bereit sind, die Spenden einer zweckmäßigen Verwendung zuzuführen.

Better am Dienstag und Mittwoch.

Der große Luftwirbel zieht vollends im Norden ab, hat aber über Süddeutschland einige Störungen zurückgelassen. Am Dienstag und Mittwoch ist wieder aufheiterndes, jedoch noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

Der frühere badische Minister Dietrich gegen die Verschmelzung von Baden und Württemberg.

(Schw.) Vom badischen Oberland, 8. Sept. In einer öffentlichen Versammlung der Deutschen demokratischen Partei in Engen nahm der frühere Minister Dietrich u. a. auch Stellung zur Frage der Verschmelzung von Baden und Württemberg. Dabei sagte er, rein geschichtlich müßte bei einer Verschmelzung so viel wie alles geändert werden, jede innere und äußere Organisation, die Verfassung usw. Wer aber könne und wolle dies durchführen? Wenn man sage, man solle beide Länderverwaltungen usw. einfach neben einander herlaufen lassen wie bisher, dann brauche man überhaupt keine Verschmelzung und Beute, die da meinen, daß bei einer solchen Ersparnisse am Beamtenkörper usw. gemacht werden könnten, besprechen nur eine erschreckende Unkenntnis der Dinge, wie sie wirklich liegen. Baden hätte auf die Dauer unter keinen Umständen wesentliche Vorteile von der Verschmelzung und sie dürfte doch nur unternommen werden, wenn solche Vorteile garantiert seien. Vom nationalen Standpunkt aus wolle er nur daran erinnern, daß wir gar oft mit Angst nach Bayern sehen, was ja auch in der Tat viele partikuläristische Ansätze zeige, wenn schon er die Befürchtung, daß

Bayern jemals eine wirklich die Reichseinheit gefährdende Politik treiben würde, niemals gehabt habe. Wenn aber Baden, Württemberg, Hessen und schließlich die Pfalz zu einem Staatenbunde vereinigt würden, dann sei der Bestand der Reichseinheit entschieden gefährdet; es müsse Kämpfe zwischen Norden u. Süden geben, die das letzte bürgerliche Idealismus, das wir aus dem Zusammenbruch gerettet haben, unweigerlich zerstören müßten; wer wolle so verneinen sein und solche Kämpfe entfesseln in der Zeit der höchsten Not des Vaterlandes? Wer wolle die ungeheure Verantwortung dafür übernehmen? Der Redner erklärte mit aller Unzweideutigkeit, daß er nicht aufhören würde, den Gedanken der Vereinigung Württembergs und Badens zu bekämpfen, wie er schon bisher ihn bekämpft habe.

Wildberg, 10. Sept. Bei einer am Dienstag, den 6. Sept. stattgehabten Besprechung des Gemeinderats und der Vorstände der verschiedenen Vereine zur Stadtvorstandswahl einigte man sich dahin, der Wählererschaft die vier Kandidaten: Stadtschultheißenamtssekretär d'Argent, Schultheiß Glatz, Ratsschreiber Glock und Revisor Koller für die engere Wahl in Vorschlag zu bringen. Ueber diese vier Kandidaten wurden durch ausgesandte Kommissionen an Ort und Stelle nähere Erkundigungen eingezogen, die durchweg günstig ausfielen und bei der gestern abend im „Schwarzwaldbad“ stattgehabten Wählerversammlung zum Vortrag gebracht wurden. Nach lebhafter Debatte, in welcher u. a. Gemeinderat Dieterle, Notar Knodel und Fabrikant Rau eingriffen und bei der es sich vorwiegend um die Kandidaten d'Argent und Glock handelte, wurde mittelst geheimer Abstimmung zur engeren Wahl geschritten. Hierbei erhielten d'Argent 170 und Glock 116 Stimmen. Die übrigen Stimmen zerplitterten sich. Bei diesem Ergebnis darf wohl angenommen werden, daß Sekretär d'Argent aus der endgültigen Wahl als Sieger hervorgehen wird, obwohl natürlich eine sichere Voraussage nicht möglich ist.

(Schw.) **Neuenbürg, 9. Sept.** Bei einem Motorfahren am letzten Sonntag vormittag: Brödingen, Neuenbürg, Dobel, Herrenalb, Bernsbach, Murgtal, Wiesenfeld, Neuenbürg, Pforzheim, handelte es sich, laut Pforzheimer Anzeiger, um eine recht bedenkliche Sache. Die Fahrt sollte eine Gesellschaftsfahrt sein, wurde aber zu einer rajenden Wettfahrt, über die sich die Bevölkerung, namentlich in Neuenbürg, höchlich empörte und bei der ein Loter und mehrere Verwundete zu verzeichnen waren. Die Fahrillänge betrug etwa 120 Kilometer und soll in einer Stunde 5 Minuten vom Ersten abgefahren worden sein. Der tödlich verunglückte Hauser fuhr die 9 Kilometer lange Strecke Brödingen—Neuenbürg in fünfsechzehn Minuten. Das sind also mehr als Schnellzugsgeschwindigkeiten, mit denen durch die unübersehbaren gewundenen Täler des Schwarzwaldbes, durch die engen Straßen von Neuenbürg und durch die Dorfstraßen gerast wurde. Die Fahrt war zum Ueberfluß in Brödingen, Neuenbürg usw. nicht behördlich angemeldet, sodass keine Sicherungen getroffen werden konnten. Und so sausten denn 25 Motorfahrler los in den Schwarzwald. Um halb 8 Uhr vormittags lag Hauser tot bei Neuenbürg. Zwei andere rannten bei Birkenfeld beim Ueberholen aneinander. Einer trug innerliche Verletzungen davon, ein anderer eine Kopfwunde. Am Nachmittag wurde dann von einem Motorrad an einem Seil in Neuenbürg ein Fahrzeug eingeschleppt, dem ebenfalls ein Unfall zugefallen war. Ein Fahrer erschien mit einem verbundenen Fuß, ein anderer mit verbundenem Kopf. Genaueres ist noch nicht bekannt, doch ist eine behördliche Untersuchung eingeleitet.

Wildbad, 5. Sept. Am gestrigen Sonntag fand hier die Tagung des 10. württembergischen ärztlichen Bezirksvereins statt, dem die Oberämter Nagold, Calw, Waihingen, Maulbronn und Neuenbürg zugehören. Die Sitzung wurde in der Halle des König-Karlsbads vom Vorstand des Vereins, Oberamtsarzt Dr. Beck von Calw eröffnet, der nach einigen geschäftlichen Mitteilungen das Wort dem Med.-Rat Dr. Schöber von Wildbad erteilte zu seinem Vortrage: Neuere Anschauungsweise der pathologischen Physiologie und ihre Verwertung zur Erklärung der Thermalbäderwirkung. Nach Beendigung der wissenschaftlichen Sitzung begaben sich die Teilnehmer, etwa 60—70 an der Zahl, Herren und Damen, mittelst der Bergbahn zum Sommerberghotel, wo ein gemeinsames Mittagessen eingenommen wurde, das durch ernste und heitere Tischreden und durch musikalische Vorträge eines Quartetts der Kapelle gewürzt war. Es folgte darauf eine eingehende Besichtigung der Versorgungskuranstalt unter der Führung des leitenden Arztes, Reg.-Med.-Rat Dr. Frick. Sodann trafen sich nochmals sämtliche Teilnehmer in der Trinkhalle beim Abendkonzert der Kapelle, die ein auserlesenes Sonderprogramm zu Ehren der Tagung des ärztlichen Bezirksvereins zum Vortrag brachte.

(Schw.) Aus dem Schwarzwald, 10. Sept. Der König und die Königin von Holland haben sich nun ebenfalls zu der hiesigen besonders großen Zahl von Schwarzwaldbesuchern, und namentlich auch solchen aus den Niederlanden gesellt. Sie beabsichtigen, anfangs nächster Woche in Triberg und in Billingen zu weilen und haben sowohl im Schwarzwaldbad Triberg als auch im Waldhotel Billingen Zimmer bestellt.

(Schw.) **Stuttgart, 9. Sept.** Mitte August hat der Württ. Postsekretär Gustav Heinkle aus der Kasse des Postamts in Gabelberg 53 000 M. entnommen und die Unterschlagung durch unrichtige Buchführung verdeckt. Bei der Abrechnung anfangs September kam die Sache an den Tag. Heinkle stellte sich selbst der Polizei. Er hat beim Spiel große Summen verloren und den Rest des Geldes verpraßt.

(Schw.) **Rottentuburg, 10. Sept.** Nach amtlicher Ermittlung sind im ganzen 57 Fälle von Ruhr aufgetreten. Da weitere Todesfälle seit einer Reihe von Tagen nicht vorkommen, darf angenommen werden, daß die Epidemie ihren Höhepunkt überschritten hat. Die Seuche wurde nachweislich aus Stuttgart eingeschleppt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Döschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Zeichnungen
auf die
5% Neckar - Anleihe
nimmt zu 99% bis 14. ds. Mts. entgegen
Spar- und Vorschussbank.

Bergebung von Bauarbeiten.

Für den Neubau der Kleinkinderschule in Stimmzohelm Stat. Weilderstadt oder Althengstett, werden nachstehende Arbeiten vergeben:

Schmiede-, Flaschner-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser-, Maler-, und Tapezierarbeiten, Aborteinrichtung, Herd- und Ofenlieferung und elektr. Beleuchtung und Klingelanlage.

Unterlagen und Bedingungen liegen vom 12. ds. Mts. ab auf dem Büro der unterzeichneten beauftragten Architekten in Weilderstadt, Marktplatz, auf. Schriftliche Angebote sind bis spätestens Montag, den 19. ds. Mts., vormittags 8 Uhr beim Schultheißenamt Stimmzohelm einzureichen, zu welcher Zeit die Eröffnung der Angebote stattfindet. Die Unternehmer können bei derselben anwesend sein.

Weilderstadt, den 9. September 1921.
W. L. Abinger und W. Dongus,
Architekten.

Bergebung von Bauarbeiten.

Wir vergeben nach dem Einzelpreisverfahren nachstehende Bauarbeiten im Akkord:

1. Grab- und Maurerarbeiten für eine Wasserzu- und Ableitung.
2. Grabarbeiten für den Neubau Hailerbacherstraße.
3. Maurer-, Steinhauer-, Dachdecker-, Zimmer- und Flaschnerarbeiten für den Neubau.
4. Die Zimmerarbeiten für einen größeren Hallenbau.

Pläne und Arbeitsbescheid liegen am 13. und 14. ds. Mts. in den üblichen Geschäftszeiten in unserem Büro zur Einsicht auf.

Die Offerten wollen spätestens bis Freitag, den 16. ds. Mts., abends 5 Uhr bei uns abgegeben werden.

Wir behalten uns freie Wahl unter den Bewerbern vor.

Gebrüder Theurer, Sägewerk, Nagold.

Bad Liebenzell.
Versteigerung
eines Wohnhauses

Am Freitag, 16. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, kommt auf dem Rathaus in Liebenzell, zur freiwilligen Versteigerung:

Ob.-Nr. 76 auf dem Schillerplatz 1 ar 60 qm zweistöckiges Wohnhaus nebst Hofraum. Eine 3-4-Zimmerwohnung ist frei.

Kaufinteressenten sind eingeladen.

Bad Liebenzell.
Fahrnis-Versteigerung.

Wegen Auflösung des Hotels zur „Post“ v. R. Hartmann verkaufe ich am Dienstag, den 13. September von vorm. 9 Uhr u. nachm. 2 Uhr ab gegen Barzahlung:

Schreinwerk: 1 schön pol. Sekretär, 1 Kleiderständer m. Vorhang, 1 Bettstelle m. Koft, 1 Buchhalter, 1 Krocketspiel, 1 zweirad. Hotelkarren.

Küchen- u. Hotelgeschirr: Porzellan-, Glas-, Email- u. Eisengeschirr, 1 Messerputzmaschine, 1 Eismaschine, Passiermaschine, Silberbestecke, Servietteneinge, versch. Toiletteneimer, 1 Fasstrichter, 1 Hackhilog, 2 große Zuber, 1 Petroleum- und 1 anderer Ofen, 1 kleiner Herd, größere und kleinere Glaskolben.

Verschiedenes: 1 Paar Rohrstiefel Größe 42, Ansichtskarten, 1 Partie Lampions u. Anderes.

2 Firmenschilder in Glas: Größe 4 m x 140 cm u. 80 x 40 cm. 1 Dachfenster 1 m x 75 cm.

Liebhaber sind eingeladen.
Stablinventierer Kolb.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Badischer Hof Calw
Dienstag, den 13. u. Mittwoch
den 14. Sepbr. abends 8 Uhr
nur 2
Meistorexperimental-Abende
des weltberühmten Kriminal-Psychologen
FRED FOERG
mit vollständig neuartigen noch nie gezeigten
Demonstrationen auf dem Gebiete der
**Telepathie, Indischen Phantom-
u. Phantasie-Kunst, Wissenschaft der geist.
Vebermacht, Wünschelrute etc.**
Kassenöffnung 7 Uhr. Eintrittspreise: 5, 4, 3.//
u. Steuer. Vorverkauf: Buchhdlg. Ernst Kirchherr.

STUTTGARTER
Neues Tagblatt
BEDEUTENDSTE ZEITUNG
WÜRTTEMBERGS
ERSTES ANZEIGENBLATT
TÄGLICH ZWEI AUSGABEN
GRÖSSTER LESERKREIS

Fässer neue und
gebrauchte
150-800 Liter haltend verkauft
Fr. Schad, Küferei, z. Jungfer

Oberschlesien
verwüftet und geplündert von polnischen Horden,
der nothwendigsten Lebensmittel u. Kleidung beraubt,
hungert.
Es ist dringend nötig durch **Sammlung
unverderblicher Lebensmittel**
den bedrängten Volksgenossen im Südoften zu helfen.
Alleinige Lebensmittel-Sammelstelle für Württemberg:
„Vereinigte Verbände heimattreuer
Oberschlesier, Stuttgart, Neuer Bahnhof,
Eingang IV A, Ludwigsburgerstr., Fernspr. 7016.“

Ständiges Inserieren bringt Erfolg!

**A. OELSCHLÄGER'SCHE
BUCHDRUCKEREI, CALW**

**Die
wirkungsvolle Ausstattung
von Reklamedrucksachen
bedingt stets deren
Erfolg!**

Wenn Prospekte, Kataloge, Rundschreiben usw. einen noch so geschickt abgefassten Text aufweisen, so erfüllen sie ihren Zweck doch nur dann erst voll und ganz, wenn der Buchdrucker seinen Teil zur wirkungsvollen Herstellung mit dazu beiträgt

**Wirklich zweckentsprechende Drucksachen
bei billigen Preisen und sorgfältiger Ausführung
liefern wir in denkbar kürzester Frist**

Spar- und Vorschussbank Calw, eingetragene Genossenschaft m. h. H.
erledigt für jedermann gewissenhaft und zu günstigen Bedingungen sämtliche bankgeschäftlichen Angelegenheiten, so die
Verzinsung von Bareinlagen. — Annahme von Spargelder zu 4%. — An- und Verkauf von
Wertpapieren. — Gewährung von Crediten an Mitglieder. — Verwaltung von Wertpapieren.

Verloren
ging am 9. ds. Mts. auf der
Straße von Bad Teinach nach
Calw ein
Zwickler (Kneifer)
mit Stul.
Abzugeben gegen Beloh-
nung von 30 Mk. im
Hotel Waldhorn.

Wasserdichte,
wollene, leinene-
Pferdedecken,
sowie billige
Bieh-Decken
empfiehlt
Otto Weißer,
Gulde's Nachfolger,
Sattlerei, Kronengasse.

**Mais,
Maismehl,
Weizenkleie,
Delmehl,
Zuckermelasse,
Futterkalk**
empfiehlt
Otto Jung.
Empfehle schöne
weiße und graue
Bett-Edern.
Franz Mann,
Kronengasse 106.

**Gute Kleie,
Hühnerfutter**
empfiehlt
F. Konnenmacher.
Einen guterhalt., leichteren
**Megger-
Wagen**
hat zu verkaufen.
E. Ganzhorn,
z. „Schwane“, Hirfau.

Für die noch brach daliegenden u. im Herbst
eingehenden Gelder empfehlen wir:
als günstige Kapitalanlage:
4 1/2 % u. 5 % ige erstklassige
hypothekarisch sichergestellte
Industrie - Obligationen.
Spar- u. Vorschussbank Calw.

Zur Herbstkartoffelverforgung
empfehle
**prima ausgereifte lagerfähige
Kartoffeln**
in kompletten Ladungen und kleineren Mengen
zum billigsten Tagespreise
franko jeder Eisenbahnstation.
Schriftliche Bestellungen nimmt entgegen unter Zusicherung
prompter Antlieferung ab Ende September-Oktober.
Friedrich Hubel, Gehingen.
Fernsprecher Nr. 1.

Achtung!
Schuhwaren aller Art
sind jetzt noch billig zu haben bei
Karl Stoll, Haggasse.

Am Mittwoch (Sahrmarkt)
verkauft
Fässer
mit Türlu, neue u. gebrauchte.
Schneider, Küfer und Kübler.
Zugleich ver- 2 Ziegenböcke u. einige
kaufe ich Hundert gute Ziegel.

Fahrpläne
für den Bezirk Calw
erhältlich das Stück zu 50 g
in der Geschäftsst. ds. Blattes.

Ein
Gofa
und ein
Chaiselongue
hat zu verkaufen
**Otto Weißer, Gulde's
Nachfolger, Kronengasse.**

Tüchtiges braves
Mädchen
f. Küche u. Haushalt
zu kleiner Familie (3 Pers.)
bei gutem Lohn für sofort
oder auf 1. Oktober gesucht.
Frau Fabrikant
Schweidert, Forzheim,
Jähringer-Allee 73.
Suche sofort od. frühestens
auf 15. September fleißiges
kräftiges

Liebenzell.
Verkaufe eine 39 Wochen
trüchtige
Kalbin,
oder tausche gegen eine jüngere
Milk-
und Schaff-
Ruh.
Heinrich Holzäpfel.

**Küchen-
Mädchen**
das schon im Wirtschaftsbetrieb
tätig war bei guter Be-
zahlung.
Es ist Gelegenheit geboten,
nebenbei das Kochen zu er-
lernen. Koch vorhanden.
Frau Otto Gengenbach,
z. „Lamm“, Schönbühl,
D.-A. Neuenbürg.

Flachs u. Hanf
aller Art, in rohem wie in ausgearbeitetem Zustande mit
in jeden Mengen von unterzeichneter Firma übernommen
und auf Wunsch
**gegen Gewebe und fertige
Leinensäcke umgetauscht.**
Als Aufkäufer für den Bezirk Calw ist Herr Otto
Wende l. Leonberg, Fernsprecher Nr. 8, aufgestellt bei
welchem Musterkarte eingesehen werden kann, und näherer
Aufschluß erteilt.
Kolb & Schüle, A.-G. Urach,
Flachsspinnerei.

Mudeln
das Pfund zu 7 Mark
Hermann Schmiele.

Nr. 218.
Neue B...
Durch den...
die Kräfte, die...
nungen des Reich...
ter ausgebeht, d...
und dem Reich...
Landtag wird die...
nettsbildung sch...
Hervorgehenden...
Reich gegenüber...
dürfte. Diese Gr...
wohl in Bayern...
führen, zu deren...
ff. Es wird be...
schon hingewiesen...
Wolfsparthei, d. h...
halten wird. W...
nehmen, daß sich...
hinabigung mit...
dem es sich An...
in den letzten Ja...
Jentrum herausg...
find. Jergend ein...
die starke Erregu...
zum Schaden un...
politische Lage be...

Nüchtritt d...
M ä n c h e n
ner heutigen Si...
samministerrium
Bildung eines r...
Der Ueber...
Berlin, 12.
tags ferngeheine...
die augenblicklic...
aus der Tatsach...
von sämtlichen...
lich der Mittell...
daß ihnen selb...
nicht widerproc...
Handhabung der...
schwerster Art a...
vermieden werd...
bar, daß die Pa...
ste nach Münch...
Vertreter zurück...
langler, offiziell...
insbesondere au...
lagen noch nicht...
Gesandten unte...
bayerischen Ko...
die Regierung i...
her sei ihm ein...
worden. Es h...
Verlangen der...
Der Reichslanz...
sternpräsidenten...
sen worden. Z...
erlaubt haben...
sen. Ich lasse...
sein kann, daß...
beauftragten...
der Auffassung...
Verhandlungen...
baren Dafs zu...
Reichslanzl...
für seine Aus...
ben, daß die...
erklärt hätten...
und zu einem...
sein, sondern...
natürlich alles...
durch den Bayer...
ministerium bed...
ben den Vertre...